

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
M. Serris, Industriehalle
Rigold-Str. 11
Bestellungen
franco gegen franco
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gewerb-
Fr. 1. 70 für Österreich (Gewerb-
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
Die dreispaltige Zeitspalt
25 Gts. — 20 Wfs.

Nr. 11.

Sonntag, 14. Dezember.

1879.

Als an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beim Verleger selbst abbestellen, sondern sich möglichst an irgend eine unverbändige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß sich möglichst und möglichst frühzeitig an uns wenden, um zu verhindern, daß die Postbehörden die Abbestellung nicht zu spät erhalten, und die Postbehörden die Abbestellung nicht zu spät erhalten, und die Postbehörden die Abbestellung nicht zu spät erhalten.

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abbestellen, sondern sich möglichst an irgend eine unverbändige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß sich möglichst und möglichst frühzeitig an uns wenden, um zu verhindern, daß die Postbehörden die Abbestellung nicht zu spät erhalten, und die Postbehörden die Abbestellung nicht zu spät erhalten, und die Postbehörden die Abbestellung nicht zu spät erhalten.

Abonnements-Einladung.

Wenige Tage noch, und der „Sozialdemokrat“ hat das erste Quartal seines Bestehens hinter sich.
Wir haben nicht nötig, über die Aufgabe und die Erfolge des neuen Parteiorgans viele Worte zu machen. Die Entstehung des „Sozialdemokrat“ war eine Nothwendigkeit, gleichwie ihm seine ganze Haltung, von Anfang an durch die Umstände und die Interessen der Partei bestimmt vorgezeichnet war. Und weil der „Sozialdemokrat“ nicht einem momentanen und auf gewisse Kreise beschränkten Impuls seine Existenz und die Art seiner Existenz verdankt, sondern, wie er ist, mit Nothwendigkeit wurde, so entsprechen auch seine bisherigen Erfolge durchaus unsern Erwartungen. Aus allen Theilen der sozialistischen Welt, vor Allem aber aus Deutschland, dessen Sozialisten dadurch nach einjähriger Unterbrechung wieder ein Parteiorgan erhielten, sind überaus zahlreiche Abonnementsbestellungen eingelaufen und laufen noch ununterbrochen ein. Wenn dieselben sich, wie vorauszusichtlich, in der bisherigen Weise weiter verhalten, und wenn namentlich der Massenbezug sich immer mehr ausdehnt, so ist die Zeit nicht weit fern, wo der „Sozialdemokrat“ die Abonnentenzahl des früheren deutschen Parteiorgans erreichen und dann neben seiner Hauptaufgabe den nicht minder wichtigen Zweck erfüllen wird, für die Partei eine sichere Einnahmequelle zu liefern.

Unter diesen Umständen haben wir doppelt das Recht die Pflicht, die Genossen allerorts aufzufordern, das Parteiorgan nicht nur durch eigenes Abonnement, sondern auch durch ständige Weiterverbreitung nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen. Sie fördern dadurch die Partei selbst, machen sie widerstandsfähiger und kampffähiger gegen ihre Feinde und geben ihr eine neue Waffe im Kampfe für des Volkes Rechte gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter!

Man abonniert auf den „Sozialdemokrat“ nur beim un-
terzeichneten Verlag und dessen bekannten Agenten in
Deutschland, sowie bei den auf der vierten Seite
des Blattes aufgezählten auswärtigen Filialen.
Parteiangehörige im deutsch österröichischen Polizeigebiet (in welchem der „Sozialdemokrat“ bekanntlich verboten ist) wollen sich, wenn sie über die sicherste Verbindung mit uns
oder über unsere Agenten in ihrer Gegend in Un-
kenntniß sind, an bekannte Genossen um Aufschluß wen-
den, auf alle Fälle aber das Avis am Kopf unseres
Blattes genau beachten.

Da ferner der Versandt an unsichere Besteller zur Sicher-
heit unseres Postverkehrs in ganz anderer Weise bewirkt werden
muß, als der an Parteigenossen, so wollen uns unbekante
Genossen gleich in den Bestellbriefen ihre Par-
teiangehörigen durch die Begonzeichnung eines
Vertrauensmannes bestätigen lassen; andernfalls
wäre die Einholung von Informationen geboten, wodurch
Zeitverluste für uns und die Besteller entstehen würden.

Der voraus einzuschickende Abonnementspreis
für den direkten Bezug des „Sozialdemokrat“ beträgt: für die
Schweiz (unter Kreuzband) 2 Franken, für Deutschland
(unter Couvert, unkenntlich als Zeitungsendung) 3 Mark, für
Österreich (ebenfalls unter Couvert) 1 Gulden 70 Kreuzer,
für alle andern Länder des Weltpostvereins (unter Kreuzband)
2 Franken 50 Rappen.

Wir ersuchen in dessen, sowohl die Wieder- als
Neu-Abonnements möglichst umgehend zu bewirken,
da unsere durch den systematischen Briefdiebstahl und Brief-
bruch der deutschen und österröichischen Post bedingte kom-
plizierte Beförderungsart viele Zeit wegnimmt, und deshalb bei
späterer Bestellung Verzögerungen in der Zusendung unvor-
schieblich wären.

Parteiangehörige! Thut Eure Pflicht — wir werden die unsrige
thun!

Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Die Verlängerung des Berliner Belagerungszustandes.

Der § 28 des Ausnahmegesetzes gegen die „gemeingefährlichen
Bestrebungen der Sozialdemokratie“, der sogenannte kleine Be-
lagerungszustands-Paragraf, ist der würdige Schlußstein dieses
famosen „Gesetzes“, die stützende Krönung des Gebäudes, wel-
ches die deutsche Regierung unter Beihilfe der durch ihren So-
zialistenhaß verblödeten und atemlos gewordenen Bourgeoisie aufrich-
tete, um es als eine Zwangsburg zur Niederwerfung und Ver-

nichtung des noch vorhandenen Restes von Freiheit und zur äußersten
Knechtung des Volkes zu gebrauchen. Dieser Paragraf gibt
der Regierung das Recht, mit einem Federzug nicht nur alle
politischen, sondern auch eine Reihe von bürgerlichen Rechten auf-
zuheben und stützt sie vor Allem mit der in modernen Rechtsstaaten
unerhörten Befugniß aus, jeden Bewohner des unter der Herr-
schaft des kleinen Belagerungszustandes stehenden Bezirkes ohne
Anfrage oder Urtheil, ja selbst ohne Angabe irgend welcher
Gründe, auf einen bloßen Verdacht hin oder gänzlich willkürlich
aus dem Bezirk zu verweisen, ihn aus Heimath, Familie und
Erwerb zu reißen, und dadurch ihn und die Seinigen zu ruiniren:
kurz, dieser Paragraf gibt der Regierung die schrankenloseste
und unverantwortlichste Machtbefugniß, welche in andern civili-
sirtten Ländern der Regierung nur in Zeiten unmittelbarer, drohend-
ster Gefahr, in Kriegs- und Bürgerkriegszeiten, und da nur auf
kürzeste Zeit gegeben wird.

Als Ende August des vorigen Jahres dieser Theil des Ent-
wurfes des Sozialistengesetzes bekannt wurde, da waren selbst
die zur Vertheidigung aller Regierungsforderungen bereiten Bour-
geoispartei einen Augenblick vor Schrecken erstarrt; denn der
Regierung solche Befugnisse geben, hieß ja ihr die Möglichkeit
gewähren, im Handumdrehen alle verfassungsmäßigen und ge-
setzlichen Erwerbungsformen des Liberalismus zu beseitigen, und auch die
Bourgeoispartei dem guten Willen der Regierung überliefern.
Jedoch wurden diese Bedenken bekanntlich durch die Rück-
marktslosigkeit des Liberalismus und seine Furcht vor dem rothen
Geißel schnell überwunden und auch der ungeheuerliche § 28
bewilligt.

Indessen war doch selbst die noch unter dem Einfluß des
Attentatswahnsinn stehende „öffentliche Meinung“ gegen dieses
neue Gesellschaftsvertragsmittel damals noch zu ängstlich, als
daß sie sich so ohne Weiteres mit ihm befreundet hätte. Außerdem
hatte die Regierung das ausdrückliche Versprechen gegeben, dies
äußerste Mittel, selbstverständlich nur im äußersten Fall unmittelbarer
schwerster Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit“ an-
zuwenden. Nun, ein solcher „Grund“ für die Einführung des
Belagerungszustandes in Berlin war damals nicht schwer zu
finden. Als die Regierung wenige Wochen nach Intraffireiten
des Sozialistengesetzes den kleinen Belagerungszustand in Berlin
erklärte, führte sie als Hauptgrund hierfür „die durch die Attentate
offenbar gewordene Gefahr für das theure Leben des Kaisers“
und die Nothwendigkeit an, „die Schule des Verbrechens zu
schließen.“

Das war gewiß ebenso geistlos erfunden, als infam; aber es
sah doch nach einem hinreichenden „Grund“ aus. Was gibt
man aber heute für die erneute Verlängerung des Belagerungs-
zustandes über Berlin für Gründe an? Die öffentliche Ruhe ist
während des abgelaufenen Jahres in Berlin keinen Augenblick
gestört, dem Kaiser, seinen Angehörigen und allen sonstigen Ge-
waltshabern kein Haar gekräumt worden. Wo stehen also die
Gründe, die außerordentlichen Gründe zu dieser außerordentlichen
Maßregel?

Nun, man hat keine besondere Gründe, wie sie das Aus-
nahme-Gesetz verlangt! Die Gründe für die Verlängerung des
Belagerungszustandes sind vielmehr rein allgemeine, die immer
vorhanden werden: das angestrebte Fortbestehen und Wachstum
der Sozialdemokratie einer, und der Wunsch oder besser Wille
der Regierung, die ihr durch den § 28 gewährte, ihren absolutisti-
schen Neigungen entsprechende Machtfülle nicht mehr zuwillig
aufzugeben, andererseits. Und die Berliner „Volkszeitung“ hat
darum ganz Recht, wenn sie meint, daß man sich deshalb all-
mählig daran werde gewöhnen müssen, den Belagerungszustand als
eine Berliner „berechtigte Eigenthümlichkeit“, als eine blei-
bende Institution anzusehen! Man darf wohl sogar noch
freier sein, wenn diese Institution nicht auch noch auf andere
Städte und Bezirke, welche Hauptnester der Sozialdemokratie sind,
wie Leipzig, Hamburg, Dresden, Breslau u. übertragen wird, wo-
zu die Regierung jeden Augenblick befugt ist. Wenn es in dieser
Beziehung einzig nach Bismarcks und der Reichspolizei Wunsch
ginge und nicht noch andere Rücksichten (auf den Geschäfts-,
Fremden-Verkehr u.) misprägen, so wäre das ohnehin schon
lange geschehen. Hat doch Bismarck bereits dementsprechende
Vorfälle ausgeübt und sich sehr aufgebracht darüber geäußert,
daß ihnen Widerstand geleistet wurde.

Wenn sich aber die Regierung je in dem Wahn gewiegt hat,
vermittelst der diktatorischen Machtbefugnisse des Belagerungs-
zustandes die Sozialdemokratie zu vernichten oder sie auch nur
zu beeinträchtigen, dann ist sie durch die Resultate des abgelaufenen
Jahres allerdings gründlich in ihrer Hoffnung getäuscht
worden. In dieser Richtung können wir dem Minister Eulenburg
nur beistimmen, wenn er erklärte, daß das Ausnahmegesetz
samt dem Belagerungszustand „anfechtend“ auf die Sozial-
demokratie wenig Einfluß geübt habe und daß die deutsche So-
zialdemokratie in der alten Ausdehnung und Kraft fortbestehe.
Und es verräth die ganze Bornirtheit der herrschenden Klasse,
wenn bei dieser Nachricht des Ministers und der Verlesung eines
Artikels des „Sozialdemokrat“, in welchem gesagt ist, daß der

Stand der Bewegung mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der
Verhältnisse ein ganz vortrefflicher sei, — in dem über diese
unerwartete Neuigkeit höchlich erstaunten Landtag „große Sensa-
tion“ entfiel. Die Parlamentshelden hatten wahrscheinlich ge-
dacht, daß die Sozialdemokratie mit den der Regierung zu diesem
Zweck bewilligten Gewaltmaßregeln längst mausetodt gemacht wor-
den sei!

Wie wenig der Sozialdemokratie aber Belagerungszustand und
Ausnahme-Gesetz schaden konnten und fernere werden schaden können,
darüber wollen wir — da wir in dieser Sache selbst Partei sind
und überdies schon das bloße Vorliegen des „Sozialdemokrat“
und jede seiner Nummern genügend Zeugniß für die Existenz
und das Wohlbefinden unserer Partei ablegt — aus einer Menge
ähnlicher, theils mit sauren, theils mit erschreckten und drohenden
Mienen vorgebrachten Zeugnissen der Bourgeoispresse das eines
Plattes anführen, welches gewiß Niemand in Verdacht geheimer
Sozialistenfreundschaft haben wird. Die „Berliner Volkszeitung“
schreibt also:

„Die Polizei ist allerdings der Sozialdemokratie energisch zu
Leibe gegangen; sie hat Druckereien und Zeitungen schiffelweis
verboten, sie hat Druckereien und Vereine zu Hunderten geschlos-
sen, sie hat den Traum Tessenlofs, die äußere Organisation der
Sozialdemokratie zu zertrümmern, zur Wirklichkeit gemacht, und
die Ausweisungen aller der Agitation Verdächtigen, haben das
Wort gekrönt; aber sie hat darum die Sozialdemo-
kratie so wenig vernichtet, wie die Reaktion der
fünfziger Jahre die Demokratie aus der Welt zu
maßregeln vermocht hat. Wo immer eine Reichstags-
wahl stattfindet, erhebt die Sozialdemokratie auch ohne Presse
und öffentliche Agitation, in derselben geschlossenen Masse wie
ehedem, und selbst Graf Eulenburg wird heute wohl kaum be-
zweifeln, daß wenn eine Neuwahl in Berlin stattfinden sollte,
wir hier daselbe Schauspiel erleben würden. Graf Stol-
berg forderte scharfe und wirksame Waffen, weil mit halben Maß-
regeln mehr geschadet, als genützt werde; die scharfen, schneidenden
Waffen sind ihm, wie er wünschte, geworden; wir glauben, daß
sie trotzdem mehr geschadet als genützt haben. Und
unter den Maßnahmen, die mehr schaden als nützen, steht die
Verlängerung des Belagerungszustandes über Berlin obenan.
Bei dieser Lage der Dinge vermögen wir nicht ohne ernste Bes-
orgniß in die Zukunft zu blicken. Die Annahme des Aus-
nahmegesetzes ist ein verhängnißvoller Wendepunkt in unserer
inneren Entwicklung, verhängnißvoll auch deshalb, weil er die
Unmöglichkeit, auf diesem Wege aus unserer gro-
ßen sozialen Misere herauszukommen, klar ge-
legt und das Ausnahmegesetz wider die Sozialdemokraten zu
einem Faktor gemacht hat, der im Verlaufe unserer weiteren Ent-
wicklung nicht gegen, sondern für die Sozialdemokratie zählen
wird.“

Ja wohl, gewiß werden Ausnahme-Gesetz und Belagerungs-
zustand im Verlaufe unserer weiteren Entwicklung für die Sozial-
demokratie zählen und zwar in noch weit höherem Grade, als
das Bourgeoisblatt glaubt, und in mehr als einer Richtung.
Nicht nur, daß uns die Rechtslosigkeit, die Achtung unserer
Sache und die maßlose, selbst die elementarsten Grundsätze des
Rechtes verneinende Verfolgung ihrer Anhänger zwingt, unsere
Reihen enger und enger zu schließen, daß sie die Ueberzeugung noch
Schwanfender festigt, den Opfermuth und die Kampfbegeisterung
der Gesinnungsgenossen vervielfacht, uns in den Künsten und
Listern des Parteikampfes übt, die Zentralisation scharf und uns
dadurch die Fähigkeit der strammen Zusammenfassung unserer
Kräfte und ihrer präzisen Verwendung zu bestimmten Zwecken in
erhöhtem Maße gibt — die vor aller Welt offenbare brutale Unter-
drückung, die Anwendung des nackten, schamlosesten Faustrechtes
gegen das arbeitende Volk und dessen Vorkämpfer, die Sozial-
demokraten, öffnet zugleich immer größeren Schichten der Bevöl-
kerung die Augen für die Wahrheit der von uns an der gegen-
wärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung geübten Kritik und
vermehrt dadurch in Verbindung mit der zunehmenden Massen-
verarmung täglich die Zahl unserer Anhänger, das Heer der
Kämpfer für eine neue, gerechtere Ordnung der Dinge, den Herr-
schaft des Sozialismus!

Aber das Sozialistengesetz und besonders der Belagerungs-
zustand bewirken sowohl bei den dadurch unmittelbar Betroffenen
und Geschädigten, als im ganzen Proletariat, soweit es bereits
zur Erkenntniß gelangt ist und fernere gelangt, noch ein Anderes,
was die Regierung und die herrschende Klasse überhaupt jedens-
falls mehr Ursache zu fürchten hat, als wir: sie entfachen
eine Summe von höchster Erbitterung und tief-
stem Haß, welche mit jeder neuen Ausweisung,
mit jeder neu ruinirten Familie, mit jedem neuen
Tag der Willkürherrschaft lawinenhaft anschwillt
und die Russkischen auf eine friedliche Lösung der
von der Sozialdemokratie aufgeworfenen politi-
schen und sozialen Fragen von Stunde zu Stunde
verringert und bald ganz vernichten wird!

Wir haben diese Eventualität und ihre Folgen nicht zu fürchten, wenn wir sie auch keineswegs suchen. Aber unsere Gegner sollten es sich doch ernstlich überlegen, ehe sie forsühren, die Drachensaat des Hasses auszustreuen. In ihren Händen liegt die Waage! Auf ihr Haupt falle die Verantwortung!

Die Knappschaftskassendebatte im sächsischen Landtag und die Zwickauer Gruben-Katastrophe.

Als am 27. November Genosse Liebknecht in der sächsischen Abgeordnetenkammer die sächsischen Bergbauverhältnisse einer vernichtenden Kritik unterzog und an der Hand jahrelanger eingehender Studien dieser Frage und massenhaften von den Bergarbeitern selbst gelieferten Materials schlagend nachwies, wie der Betrieb sowohl der staatlichen als der privaten Bergwerke ein vernunftwidriger und geradezu mörderischer sei, indem Gesundheit und Leben der Arbeiter durch die übermäßige Abraderung derselben und die Vernachlässigung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, vor allem der Ventilationsvorrichtungen auf das Gewissenloseste gefährdet und geschädigt würden, bloß um große Ausbeutergewinne zu erzielen; als der Redner deshalb die selbst raffiniert ausbeuterische und darum auch die ausbeutungslustigen privaten Weltbesitzer ungehört gewähren lassende staatliche Bergverwaltung in der für sie verantwortlichen Regierung scharf angriff: — da erhoben sich die Regierungsmänner und die Vertreter aller großen Kammerparteien einmütig voll „sittlicher Entrüstung“ gegen die angeblich vollkommen grundlos und nur „auf die Aufreizung der stets unzufriedenen Arbeiter berechneten dreifachen Behauptungen“ Liebknechts und behaupteten schlankweg, daß im sächsischen Bergwerksbetrieb Alles in bester Ordnung, daß für die Interessen der Arbeiter auf das Gewissenhafteste, ja Reichlichste gesorgt sei und daß irgendwelche Mißverhältnisse und Gefahren nirgends existierten. Der sozialdemokratische „Störenfried“ predigte taub in Ohren und ward wegen seiner Mahnungen und Warnungen mit Verdächtigungen, Lügen und Verläumdungen förmlich überschüttet. Die gegen den gemeinsamen Feind solidarisch vorgegangenen Anhänger der „Ordnung“ aller Schattierungen und die gesamte Presse war einstimmig darüber, daß die schweren Klagen der Bergarbeiter und ihr Vertreter gründlich widerlegt und abgethan worden seien und daß die Vortrefflichkeit des sächsischen Bergbetriebes über jeden Zweifel erhaben sei.

Noch waren aber nicht fünf Tage verfloßen, und die Nacht der Thraßänen erhielt eine furchtbare, vernichtende Antwort auf die Entrüstung, die heißen Phrasen und frechen Lügen der vereinigten Regierung und Bourgeoisie. Am 2. Dezember früh 3 Uhr entzündeten sich im Brückenbergschacht in Zwickau schlagende Wetter und tödteten in wenigen Augenblicken 91 an der Arbeit befindliche Bergleute!

Alle sächsischen und deutschen Blätter schildern die gräßlichen Szenen der Axtagschaffung der entstellten und verkohlten Leichname und des herzzerrenden Schmerzes und Elendes der Hunderte von Wittwen, Waisen, Eltern und Verwandten der Verunglückten, und appellieren an die Wohlthätigkeit, damit diese für die Hinterbliebenen thue, was eigentlich die Pflicht der Bergwerksbesitzer wäre, und durch einige Vettelgroßen die Schuld, welche das ausbeuterische Kapital an dem Tod der Einundneunzig trägt, wieder „gut mache“. Dem daß eine solche Verschuldung in diesem, wie in den meisten solchen Fällen vorliegt, schreit trotz aller Vertuschungsversuche seitens der Zwickauer Grubenherren zweifellos. Am Nachmittag vor dem Unglück waren Arbeiter damit beschäftigt, mittels Patronen Gestein loszubringen, um ein neues Füllort (Lagerraum für Steinkohlen, welche zur direkten Förderung nach Oben aufgehäuft werden sollen) zu schaffen. Sie beschäftigten dabei durch einen Schuß den Wetterscheider (ein Vatten- resp. Vattenverschlag, dazu bestimmt, die durch den Ventilator eingeführte gute Luft am Abzug zu verhindern und sie zu zwingen, in die unteren Regionen des Bergwerkes einzudringen, d. h. die Ventilation so zu regulieren, daß sie dem ganzen Werke zu Gute kommt) so stark, daß er seine Bestimmung nicht mehr erfüllen konnte, indem durch das entstandene Loch die gute Luft abzog. Die Wirkungen dieses Ereignisses wurden auch sofort bemerkt, da natürlich die „Wetter“ ganz anders zischen mußten, als es sonst der Fall war. Unter solchen Umständen wäre es selbstverständlich die Pflicht der Direktion gewesen, den Betrieb augenblicklich einzustellen, da das Anfahrlassen bei nichtfunktionierendem Wetterscheider fast eben so gut wie vorbedachter Mord ist. Trotzdem aber wurde der Betrieb, um die lukrative Förderung nicht unterbrechen zu müssen, fortgesetzt und so die Arbeiter um des schmutzigen Gewinnes willen einem fast gewissen Tod überliefert! Ja damit noch nicht genug, wurden die nach dem Bekanntwerden des Unglücks zuerst anfahrnden Rettungsmannschaften ohne pneumatische Reinigungsapparate in den gaderfüllten Schacht herabgeschickt, wo sie sofort erstickten mußten! Und nach alledem hat die Bergwerksdirektion die mehr als eiserne Stirn, ihren geschraubten Bericht mit der Behauptung zu schließen: „Ein Verschulden dieses schweren Unglücksfalles trifft Niemand!“

Aber freilich, von ihrem Ausbeuterstandpunkt hat die Direktion des Brückenberg-Steinkohlenbau-Vereins durchaus korrekt gehandelt, indem sie Gesundheit und Leben ihrer Arbeiter dem pekuniären Vortheil der Gesellschaft unterordnete, und die letztere hätte nimmermehr so brillante Geschäfte machen und ihren Mitgliedern so riesige Dividenden abwerfen können (die auf 250 oder 300 Thaler lautenden Aktien standen bereits auf 1200!), wenn sie nicht von jeder nach diesem Grundsatze gehandelt hätte. Was hat die Gesellschaft auch für einen Nachtheil davon, wenn infolge dieser obersten Betriebsmaxime größere oder kleinere Unglücksfälle oder selbst solche Katastrophen wie die letzte eintreten? Der durch den Tod geräumte Platz ist ja im nächsten Moment wieder besetzt — an lebendem „Arbeitsmaterial“ ist ja kein Mangel! Und dazu kostet der Wechsel den Besizern nicht einen Pfennig, denn die finsternen Zeiten der Sklaverei sind ja Gott sei Dank ein überwundener Standpunkt und man braucht sich die Sklaven nicht mehr zu kaufen — man bekommt sie heute un-

sonst und nur für das tägliche Brod. Für die Hinterbliebenen der Verunglückten haben die „Brotherren“ natürlich auch nicht oder doch nur selten zu sorgen. Die Bourgeoisvertreter des Reichstages haben ja in bekannter Unparteilichkeit und Ungeheuerlichkeit dafür gesorgt, daß die Bestimmung des Haftpflichtgesetzes, welche die an der Verunglückung des Arbeiters schuldtragenden Arbeitgeber zur Entschädigung anhält, nicht allzuoft zur Anwendung komme. Der Arbeiter muß zuerst die Schuld des Herrn nachweisen und die Todten sind bekanntlich stumm. Deshalb wird auch aller Voraussicht nach die reiche Zwickauer Grubengesellschaft für all die vielen Wittwen und Waisen der ihrer Profitmacherei zum Opfer gefallenen Verunglückten nicht einen rothen Heller zu bezahlen haben! Was gehen sie diese Erbarmenswerthen an? Ihre Männer und Väter haben zu leben aufgehört, können also nicht mehr ausgebeutet werden, nichts mehr durch ihre harte Arbeit und ihr Darben zur Bereicherung der Herren leisten. Damit ist das Interesse der letzteren an ihnen und ihren Angehörigen verschwunden und diese werden der Fürsorge der öffentlichen Wohlthätigkeit und — Gottes überlassen, „des Allgütigen, der über Euch thronet, der Euch Vater sein und die Herzen der Menschen zum Wohlthun leiten und nach den Tagen der Noth und Sorge Euch Tage der Tröstung entstehen lassen wird“ — wie es gar trostreich und salbungsvoll in den Aufrufen an die Hinterbliebenen heißt. Es ist doch eine schöne Erfindung um diesen großen Lückenbüßer „Gott“, dem man so bequem eine Fürsorge aufhalsen kann, die man selbst nicht tragen mag! Und welch guter Gott — die Wohlthätigkeit, der Vettel, dem die schmerzgebogenen Frauen und Kinder der meist in der Blüthe ihrer Jahre dem Moloch Kapital geopfertem Einundneunzig überliefert werden!

Nicht wahr — wie das sächsische Bergwesen vortrefflich ist, und das Bestehen gesundheitsgefährlicher Zustände, der vernunftwidrige Betrieb, die Ausbeutung, Abraderung und die gewissenlose Schädigung des Lebens der Arbeiter nichts als „sozialdemokratische Lügen“ und „grundlose Behauptungen gewissenloser Agitatoren“ sind, wie es u. A. der Amtshauptmann Vogel im Landtag gegenüber Liebknecht so trefflich ausführte, — derselbe Mann, der durch eine eigenthümliche Verkettung von Umständen heute an der Spitze des Hilfskomites für die Opfer von Zuständen steht, deren Nichtvorhandensein er wenige Tage vorher selbst so eifrig nachwies!

Nicht wahr — wie die „gewissenlosen Agitatoren“ auch nach anderen Richtungen hin lügen und unsere Staats- und Gesellschaftsordnung frech herabwürdigen und kein gutes Haar an ihr lassen, während sie in der That eine so vortreffliche ist! Es ist freilich wahr, daß der Arme, der Arbeiter, der Lohnsklave Zeit seines Lebens hart arbeitet, und dennoch hungert und darben muß, während der Reiche nichts thut und dabei herrlich und in Freuden lebt; daß der Bergarbeiter tief unter der Erde Tag um Tag sich zwölf Stunden abradert und durch Ueberanstrengung und Entbehrung seinem Leben frühzeitig ein Ende setzt, wenn er nicht vom eindringenden Gestein erschlagen oder vom giftigen Schwaden erstickt wird, während der Bergwerksbesitzer im sonnigen Licht des Tages den Sweiß seiner Minenklaven genießt! Es ist wohl wahr, daß der reiche Besizer selbst an dem lächerlich geringen Lohn noch auf jede Weise abzwackt, den älter werdenden Arbeiter zur Vermeidung einer Unterstützungspflicht mittellos auf Pfaster wirft und lieber Hunderte von Arbeiterleben gefährdet und vernichtet, ehe er ein neues Förderseil, eine gute Wetterführung, einen zweiten Schacht, eine bessere Zimmerung herstellt; daß er die Wittwen und Waisen der für die Mehrzahl seines Ueberflusses Ausgepreßten und Getödteten mitleidslos auf die Vettelstraße schießt, um dann mit neuem Bergwerksfutter das alte Spiel zu beginnen. Es ist endlich allerdings wahr, daß der Staat, die angebliche „Vertörperung der Gerechtigkeit“, diesem herzlosen Ausbeutertreiben nicht nur keinerlei Hindernisse durch energische Handhabung des ihm zustehenden Aufsichtsbrechtes in den Weg legt, sondern daß er selbst seinen eigenen Arbeitern gegenüber dasselbe raffinierte und mörderische Ausbeutungssystem zur Anwendung bringt. Alles dies ist wahr, unläugbar wahr! Aber das ist nun einmal der Welt Lauf und nach göttlicher und menschlicher „Ordnung“ so bestimmt, daß es Reiche und Arme gibt und daß die Ersteren zum Herrschen und Genießen leben, während die Letzteren die Aufgabe haben, durch ihre Arbeit, ihr Elend, ihre seelischen und körperlichen Schmerzen, ihre intellektuelle und physische, wirtschaftliche und politische Knechtschaft, durch ihre ganze menschliche und bürgerliche Entrechtung der Ersteren Vorrechte, Freiheit, Verschwendung, Uebermuth, Ueppigkeit und Herrschaft zu ermöglichen!

Und diese vortreffliche Ordnung, diese höchste Blüthe unserer Kultur wollen die „gewissenlosen Agitatoren“ freveln Muths mit Stumpf und Stiel vernichten und an ihre Stelle eine verbrecherische Gleichheit setzen, in welcher jeder Unterschieb zwischen den „höheren Klassen“ und dem gemeinen Volk verwischt werden und Alle gleichheitlich zur Arbeit verpflichtet, wie zum Genuß berechtigt sein sollen, in welcher es keine Knechtschaft und kein Elend mehr geben soll und in welcher demnach auch beider notwendige Ergänzung, die staatlichen und gesellschaftlichen Vorrechte der Reichen nicht mehr bestehen können! Gegen diesen unerhörten Raub an den heiligsten Rechten der Menschheit, gegen diesen verbrecherischen Wahn und dies wahnsinnige Verbrechen müssen sich alle Besthenden, alle Gebildeten und alle Freunde der alten herrlichen Ordnung erheben und sich einmütig zu deren Vertheidigung und zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Wütherriche sammeln — welche religiösen, politischen, wirtschaftlichen und nationalen Ansichten sie sonst auch trennen mögen!

Diesem Grundsatze gemäß hat auch die sächsische Kammer gelegentlich der „gemeingefährlichen“ Rede des Sozialdemokraten Liebknecht gehandelt, und wir haben die Genugthuung erlebt, daß ihm, d. h. der Sozialdemokratie gegenüber alle andern Parteien und Klassen: „demokratische“ Fortschrittler, Nationalliberale und Konservative, Bürokraten, Fabrikanten, Bürgermeister und Minister ihres sonstigen Habitus und Redens vergaßen und sich einträchtiglich zusammenschanden. So lieben wir's: so wird der Blick doch nicht durch Nebenbächtigkeiten getäuscht und die beiden einzig ernstlichen Parteien können sich scharf in's Auge fassen und erkennen: die Ausbeuter und Unterdrücker, die Ausgebeutete und Geknechtete, — die herrschende Klasse, die Proletariat!

Es ist nur selbstverständlich, daß sich diese beiden Todfeinde mit allen Mitteln und auf jede Weise bekämpfen und unerschütterlich zu machen suchen. Die Sozialdemokratie ist deshalb auf Alles gefaßt und weiß, daß sie noch größere Gewaltthatigkeiten und Fährlichkeiten als heute zu bestehen haben wird. Wenn also der sächsische Minister des Innern Liebknecht gegenüber bemerkte, daß „die sozialistischen Grundsätze wol den Absolutismus herbeiführen, niemals aber schlagende Wetter verhüten können“, so schreckt uns die erstere Prophezeiung um so weniger, als wir ja schon ein ganz respectables Stück Absolutismus haben und der letztere unter Umständen einem Scheinkonstitutionalismus vorzuziehen ist. Was aber den Nachsatz betrifft, so ist es nicht unsere Aufgabe, mit dem Minister über die Fortschritte und den Stand der Montanwissenschaft zu streiten; wir wollen deshalb seinen geistreichen Satz lieber politisch auffassen. Und da haben wir ihm zu erwidern, daß unter dem Absolutismus, d. h. bei der Fortdauer und Verschärfung der brutalen Unterdrückungsmaßnahmen, der Rechtlosigkeit des Volkes und der Vogelfreiheit der Sozialdemokratie allerdings und in nicht allzuweiter Ferne ein Zeitpunkt kommen müßte, wo die Sozialdemokratie ein „schlagendes Wetter“ nicht mehr verhüten kann noch will, gegen dessen elementare Gewalt das Zwickauer und alle in der Neuzeit durch ihre Verheerungen bekannt gewordenen Explosionen zusammengenommen in ihren erschütternden Wirkungen getraglich erscheinen! Aber bei dieser Katastrophe werden Verluste und Wehklagen nicht auf Seite der Arbeiter sein!

Mögen die Staatsingenieure diese Warnung nicht in den Wind schlagen, sondern sie besser beachten, als die Liebknechtsche vom 27. November; andernfalls wird ihr eben so unabwehrbar wie dieser — wenn auch nicht in wenigen Tagen — die drohende Katastrophe folgen!

Eine traurige Alternative.

Während der Eintritt der sozialistischen Abgeordneten in den sächsischen Landtag und ihr bisheriges Wirken in demselben, vor allem das energische und die Gegner der Sozialdemokratie in und außer dem Landtag heftig erregende Auftreten Liebknechts in der bekannten Knappschaftskassendebatte die allgemeine freudige Zustimmung der deutschen und außerdeutschen Parteigenossen findet, und jeder vernünftige und ehrliche Anhänger unserer Sache die angesichts des im Reichstag herrschenden Mundtodtmachungssystems doppelt werthvolle Gelegenheit, den schreiendsten Klagen des Volkes selbst unter dem Druck eines infamen Ausnahmegeretzes öffentlich Ausdruck zu geben, willkommen heißt; während andererseits die Gegner der Sozialdemokratie während sind darüber, daß nunmehr im sächsischen Landtag die Grundsätze des Sozialismus „ganz so rückwärtslos und gewaltthätig wie ehemals in den Volksversammlungen und in der sozialistischen Presse“ gepredigt und dadurch das Volk auf's Geheiß zum Haß gegen alle bestehende Ordnung aufgereizt werde: — währenddessen behauptet ein in London erscheinendes Blatt, welches sich nicht nur sozialdemokratisch nennt, sondern sich bescheidener Weise sogar als das „einzige ehrliche und prinzipientreue, „streng sozialdemokratische“ Organ gerirt, unserer Sache nicht besser dienen zu können, als indem es die Beiseiligung unserer Genossen an den Verhandlungen des Landtages als Verleugnung unserer Prinzipien, Abmiegung, Entlenkung in die Bahnen des korrupten Parlamentarismus, und wie die Beschuldigungen sonst noch alle heißen, kurz als eine Schädigung der Partei bezeichnet und die betreffenden Genossen mit Verdächtigungen, Verläumdungen und Beschimpfungen überschüttet. Ihr Eintritt in den Landtag, bezw. die zu Ausübung ihres Mandates erforderliche Ableistung des Abgeordneteneides wird eine „Blamage“, eine „Beschmähung des Sozialismus“ genannt und der strenge „Richter der Lebendigen und Todten“ — wie sich das Blatt in dem bekannten blühenden Stil ebenso bescheiden als geschmackvoll nennt — findet, daß die Leistung dieses Eides „einer Abschneidung der Sozialdemokratie verdammt ähnlich“ sieht. Daß seit Erfinden der Sozialdemokratie der größte Theil der Genossen zum Theil wörtlich den gleichen „Treueid“ als Verfassungseid, Bürgerrecht etc. leistete, ja daß der „einzige streng sozialdemokratische Revolutionär“ in London diesen Eid selbst bereits geleistet hat (gelegentlich seiner Bürgeraufnahme und Aenderung der Staatsangehörigkeit) — dies scheint das Londoner Blatt ebenso vergessen zu haben, wie so ziemlich die ganze Geschichte der deutschen Bewegung, welche mit dem Grundsatze der Wahlbetheiligung gewachsen ist, den der „einzige strenge Sozialdemokrat“ in London eine Dummheit und einen quasi Verrath an unsern Prinzipien nennt.

Da das Londoner Blatt in seinen endlosen Variationen über dieses letztere ihm bereits zur fixen Idee gewordene Thema außer einigen Kraftworten im bekannten Genre nichts Neues bringt, und wir die Ansicht der Partei über diese Frage bereits früher erörtert haben, so würden wir vielleicht die Frage der Wahlbetheiligung nicht noch einmal berührt haben, wenn nicht das Londoner Blatt in einer seiner letzten Nummern die Grenzen eines ziemlich harmlosen und gewissen Leuten erlaubten politischen Kinderspiels überschritten und sich auf den Boden der baaren Perfidie und des offenbaren Verrathes an der Partei begäbe.

Unsere Magdeburger Genossen sind in die Wahlbewegung eingetreten. Wie schwierig eine Wahlkation unter den heutigen Verhältnissen ist und wie sehr es der wärmsten Hingebung und des Opfermuthes aller Genossen des betreffenden Kreises bedarf, um ohne Vereine und Versammlungen, ohne Presse, ohne Berechtigung zum Vertrieb von Wahlflugblättern und selbst von Stimmzetteln, unter strengster Beaufsichtigung der offenen und geheimen Polizei, kurz unter Verhältnissen, die sich wenig vom Belagerungszustand unterscheiden, gegen die erdrückende Gewalt der vereinigten Staats- und Kapitalmacht anzukämpfen — das wissen alle deutschen Genossen. Wer daher auf den Ehrennamen eines Parteigenossen, eines Sozialdemokraten Anspruch erhebt, der hat die heiligste Pflicht, die Magdeburger Genossen nach besten Kräften in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Weit entfernt davon aber sucht das „einzige streng sozialdemokratische“ Londoner Blatt mit raffinierter Infamie gerade den Zeitpunkt

welcher die begeistertste Kampfbereitschaft und vollendetste Einigkeit erfordert, heraus, um durch die Spaltung der Massen seinen Verschiedenheiten zu fröhnen und seine schmutzigen Sonderzwecke zu fördern. Während die Magdeburger Genossen in geschlossener Phalanx, einig und voll Begeisterung und Opferfreudigkeit in den Kampf rücken, er scheint der Londoner „einzige echte Sozialdemokrat“ in ihrem Rücken — aber nicht etwa um die kämpfenden Brüder zu unterstützen, sondern um sie durch Hohn über die Dummheit ihrer Hingebung und die Fruchtlosigkeit ihrer Opfer und durch Rufe zum Rückzug in Verwirrung zu bringen und durch dieses feige Indenrückenfallen alle ihre Anstrengung zu vereiteln, wodurch den Todfeinden der Sozialdemokratie ein eminenten Dienst erwiesen wird! Wohl werden sich unsere wackeren Magdeburger Genossen durch diese empörende Perfidie in ihrer hingebenden Pflichterfüllung nicht stören lassen, sondern den verräterischen Missethäter allein stehen lassen und mutig weiter kämpfen, — dessen sind wir gewiß. Aber der Versuch des Londoner Blattes verliert deshalb nichts von seiner Schändlichkeit und bei der Forderung nach den Beweggründen einer solchen Handlungsweise bleibt uns nur die trostlose Alternative: entweder geistige Unzurechnungsfähigkeit oder offener, schmählicher Verrat!

Uebrigens steht diese Handlungsweise bei dem Londoner Organ keineswegs vereinzelt da. Die von einer geradezu bewundernswürdigen Hingebung für unsere Sache besessenen deutschen Parteigenossen werden unklare Köpfe, Irregeleitete, Schlafmühen u. dgl. genannt, die bewährtesten und selbst von den hitzigsten Gegnern ob ihrer Ueberzeugungstreue und Selbstlosigkeit geachteten Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie systematisch verläumben, des Abfalls von unsern Grundfäden und der ehrlosen Verführung der Arbeiter bezichtigt, allenthalben Misstrauen und Zwietracht in die Reihen der jetzt mehr als je auf ihre Einigkeit angewiesenen Sozialdemokratie zu säen gesucht, ja die deutsche Partei in voller Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung als nicht mehr existierend erklärt! Dagegen bezeichnen sich die Macher der Londoner „Freiheit“ als einzig strenge, ächte und wahre Sozialisten, für klüger, radikaler, revolutionärer und ehrlicher, als alle die Zehntausende von kampfgewandten und zielbewußten deutschen Parteigenossen, deren mannhafte und zugleich kluge Haltung bei den Sozialisten aller Länder Bewunderung erregt, ja selbst ehrlichen Gegnern Respekt einflößt hat und der allein es zu danken ist, daß heute noch eine deutsche Sozialdemokratie existiert! Da dieselbe indessen den Sonderbestrebungen des Londoner Organs und seiner Leiter nicht entspricht, so erklären sie dieselbe als todt und sich als berechtigt und berufen, aus den Trümmern dieser verflachten, verwässerten und erbarmenswerthen Bewegung eine neue „wirklich revolutionäre Partei“ zu bilden, deren Leitung natürlich ihnen selbst zukommt. Was ist das anderes als offener Verrat an unserer Sache? Und kann sich die herrschende Klasse bessere Bundesgenossen wünschen?!

Noch wollen wir für heute auf dies ebenso traurige als widerliche Thema nicht weiter eingehen. Wir werden uns, wenn sich die Haltung des Londoner Organs nicht gründlich ändern sollte, ohnehin mit der Sache bald genug wieder befassen müssen, wobei es sich freilich nicht um eine unfruchtbare Polemik, sondern lediglich darum handeln können, ein brandiges Glied vom Körper der Sozialdemokratie abzutrennen, damit nicht der ganze Organismus durch es geschädigt werde!

Sozialpolitische Rundschau.

— Und in den Armen liegen sich Beide — der deutsche Majorismus und die von ihm lange gemiedene und übel traktierte Phryne Nationalliberalismus. Wie die „Nationalzeitung“ mit überströmender Freude erzählt, hat der Reichskanzler das Flehen der so schwer Gezüchtigten endlich erhört und ihr mit Rücksicht auf ihre bewiesene Bußfertigkeit und Dienstwilligkeit einen Sonnenstrahl seiner Gnade zukommen lassen, indem er den Führern und den Mitgliedern der Nationalliberalen seine „lebhafteste Befriedigung über die Behandlung der Eisenbahnfrage durch die nationalliberale Fraktion“ mittheilen ließ. Die fortschrittliche Berliner „Volkzeitung“ hat sehr Recht, wenn sie meint, daß diese Verkündung nicht gerade sehr nöthig gewesen sei, indem man es sich an den Fingern abzählen konnte, daß die Herren der großen „Staatsweisheit“ auf die lebhafteste Befriedigung des Reichskanzlers vollauf rechnen konnten und auch richtig gerechnet haben. Die Verkündung hat indessen den Werth, daß sie uns zeigt, wie es im „konstitutionellen“ Preußen steht. Die „Volkvertreter“ freuen sich, ein Vertrauensvotum von den Ministern zu erhalten, und rühmen sich dessen öffentlich! Die Rehrseite des konstitutionellen Systems kann nicht drastischer an den Tag treten.

Fast noch bezeichnender für das Wesen des deutschen Liberalismus ist aber die Thatsache, daß er sich von der reaktionären Regierung konstitutionellen Unterricht ertheilen lassen muß. Die „Nat. Ztg.“ machte nämlich aus Anlaß der bei Verstaatlichung der Eisenbahnen von ihr für wünschenswerth erachteten Garantien die wahrhaft pyramidale Bemerkung, daß „es sich nicht empfehle, Geheißentwürfe, welche die Regierung beim Landtage eingebracht, dort zu verheißern; vielmehr habe die Regierung die Obliegenheit, die Gesetzentwürfe so einzubringen, daß sie ohne Weiteres angenommen werden könnten!“ Ein Offiziosus in der „Nordb. Allg. Ztg.“ läßt sich nun über diese ächt „liberale“ Forderung in vollkommener zureichender Weise also aus: „Die Bemerkung erscheint darum seltsam, weil bei dieser Forderung nicht zu begreifen ist, wozu der öffentliche Parlamentarismus noch dienen soll. Da keine Regierung im Stande sein wird, die Wünsche der Landesvertretung immer genau zu ercaten, und da in der öffentlichen Verhandlung wesentliche Aenderungen nach der „Nat. Ztg.“ unzulässig sind, so bliebe kein anderer Weg, als der einer vertraulichen Verständigung mit der Majorität, der für die öffentliche Verhandlung nur noch die formellen Abstimmungen, übrig ließe.“ — Es ist wohl kaum möglich, daß eine Partei welche

sich selbst von der unverhüllten Reaktion solche Lektionen geben lassen muß, noch mehr auf den Hund kommen kann, als sie es schon ist.

Die opportunistischen „Republikaner“ Frankreichs haben sich dieser Tage in feierlicher Weise ein wahrhaft vernichtendes Armuthsgewöhnlich ausgestellt, wie es die Intransigenten und Sozialisten niemals hätten stärker thun können, und welches den Niedergang ihrer Herrschaft wesentlich beschleunigen wird. Obwohl die Beurtheilung des gegenwärtigen „Kabinetts der Mittelmäßigkeiten“ oder richtiger: der Unfähigkeit eine allseitige ist, wurde diesem Kabinet, als es infolge der lauten Ausdrücke der Unzufriedenheit die Vertrauensfrage stellte, ein Vertrauensvotum ertheilt und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil man keine „Kapazitäten“ hatte, welche an Stelle der abgehenden Minister hätten treten können! Indessen ist dieses „Vertrauensvotum“ nichts als eine Galgenfrist und das Ministerium Waddington wird sich höchstens nur noch wenige Monate halten können. Ebenso sicher wird aber über kurz oder lang auch die ganze Herrschaft der Opportunistenrepublikaner fallen und radikaleren Elementen Platz machen, bis schließlich die einzig wahre Republik, die sozialdemokratische Republik, siegen wird!

— Während in Spanien der Nothstand und das Elend des Volkes immer größere Dimensionen annimmt; während Hunderttausende fleißiger Arbeiter ohne Arbeit sind und sammt ihren Familien hungernd auf der Straße liegen; während alle Spitäler von Hungerkranken überfüllt sind und die Sterblichkeit der ärmern Volksklasse auf das Dreifache ihrer sonstigen Höhe gestiegen ist; während Schaaren von Auswanderern, denen noch einige Pfennige zur Reise geblieben, das verdammte Land des Hungers und der Tyrannei verlassen: während dessen feiert der König in der Hauptstadt in unerhörter Pracht seine Hochzeit auf des armen Volkes Kosten. Die Königin erhält einen Brautsegen von 80 Millionen und die Provinzialdeputation von Madrid gibt zu Ehren der Fürstenthochzeit ein luxuriöses Ballfest, welches nicht weniger als 2 Millionen Reales kostet — gerade die Hälfte des Betrages, welchen am Tage des Festes die Nationalzeitung für die Opfer der großen Ueberschwemmungen erreicht hatte!

— Einer der wenigen vernünftigen Beschlüsse des letzten englischen Trades-Unions-Kongresses zielte auf eine dauernde Verbindung aller Gewerksvereine des vereinigten Königreiches ab, und wurde zum Zweck der Verwirklichung dieses Beschlusses auch ein Ausschuß gewählt. Derselbe hat nun den „Labour News“ zufolge einen Entwurf der Bundesstatuten ausgearbeitet, welcher nunmehr sämmtlichen Trades Unions zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Diese Beschlüsse bezw. die Bemerkungen und Ausstellungen der Einzelvereine müssen bis zum 30. Januar wieder an den Ausschuß gelangen. Als einer der Hauptzwecke der Verbindung wird die Einführung des neunstündigen Arbeitstages in allen Arbeitszweigen und im ganzen Lande bezeichnet. Als Zentralorgan soll ein Bundeskomitee funktionieren, für dessen Erhaltung die Einzelvereine jährlich 2 Schilling pro Mitglied zusammensteuern. — Ob dieser Entwurf angenommen wird, ist aber noch keineswegs sicher, da die einzelnen Trades-Unions bisher gewohnt waren, vollkommen unabhängig von einander zu handeln und sich deshalb zu einer Zentralisation schwer entschließen. Sie sehen richtig voraus, daß sich diese Zentralisation, einmal in ihren Anfängen vorhanden, schnell strigern und allmählich die vielberufene „Selbstständigkeit“ der Trades-Unions, d. h. ihr Recht, zum größten Vortheil des Kapitals einzeln und ohne Berathung und Verbindung mit den übrigen Gewerksvereinen, ja wohl gelegentlich auch im Widerspruch mit denselben zu handeln, alsbald aufheben muß. Selbstverständlich ist aber diese Auffassung und die stramme Organisation der Arbeitervereine im Interesse der Arbeiter selbst gerade unbedingt nöthig, da nur durch Zusammenfassung aller Kräfte des Arbeiterstandes und deren zielbewußte Verwendung den Bedrückungen des Kapitals mit einigem Erfolg begegnet werden kann. Aus diesen Gründen und weil wir der Ueberzeugung sind, daß gerade die Zentralisation ein gutes Mittel ist, den englischen Arbeitern allmählich die totale Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Anstrengungen zur dauernden Verbesserung, zur Erlösung der Arbeiterklasse zu zeigen und sie auf den einzig zum Ziele führenden Weg der Sozialdemokratie zu führen, — deshalb begrüßen wir die Verbindungsbestrebungen der Trades-Union, obgleich wir weit entfernt von dem Irrthum französischsprechender Parteiorgane sind, in den verbündeten Trades-Unions schon jetzt oder demnächst ein „gewaltiges Armeekorps im Dienste des Proletariats“ zu sehen.

— Wie gänzlich fruchtlos die Bemühungen der russischen Regierung sind, die Feinde des barbarischen Jazismus, welche sie unter dem Sammelnamen „Nihilisten“ begriff, durch Verlagerungszustand, Peitsche, Folter, Ketten, Deportation und Galgen auszurotten, hat das neueste Moskauer Attentat wieder bewiesen. Wenige Stunden nach der Publikation des Todesurtheils gegen den wegen des Attentates auf den Polizeigeneral Dretnelen angeklagten Mirsky ist der Zar in Moskau nur durch einen Zufall einem neuen Attentat entgangen. Die Verschworenen hatten nämlich in der Nähe des Moskauer Bahnhofes von einem eigens zu diesem Zweck erworbenen Hause aus den Bahndamm unterminirt und mit einer Dynamitmine versehen, welche in dem Moment, als der Zug mit der Begleitung des Zaren einfuhr, explodirte, wodurch der Zug entgleiste und verschiedene Zerstörungen angerichtet wurden. Die Verschworenen hatten offenbar von der Fahrzeit, und der ganzen Anordnung des kaiserlichen Zuges genaue Kenntniß und daß sie den kaiserlichen Zug trotzdem verfehlten, ist einzig dem Unstund zuzuschreiben, daß der nachfolgende Vagagezug infolge einer Nachlässigkeit dem Kaiserzug reglementswidrig vorgefahren war. Natürlich ist die Entrüstung über dieses „unerhörte Verbrechen“ bei allen „Wohlgelinteten“ groß und eben so natürlich denkt die russische Regierung daran, noch barbarischere Maßregeln als bisher zu ergreifen, um der „Schule des Verbrechens“, dem Nihilismus endlich einmal ein gründliches Ende zu machen. Daß sie damit so wenig als bisher ihren Zweck erreicht, sondern lediglich das Gezentheil erzielt, ist für jeden Vernünftigen selbstverständlich.

— Ein australischer interkolonialer Arbeiterkongreß wird in den ersten Monaten des nächsten Jahres in Sidney (Neu-Süd-Wales) tagen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: die Einwanderung, der achtstündige Normalarbeitstag, die Gewerkschafts-Gesetzgebung, Arbeitsverhältnisse und Schiedsgerichte, Schutzoll und Freihandel vom Standpunkt der Arbeiterinteressen. Der Kongreß steht im Wesentlichen auf dem Boden der Trades-Unions; doch muß bemerkt werden, daß die australischen Trades-Unions fast nach jeder Richtung weit fortgeschrittener sind, als die englischen Muttervereine. — Auch die Stellung der Arbeit ist ja in den meisten australischen Kolonien infolge des Wegfalles all des historischen Klassen- und Privilegienwustes des Mutterlandes und der verhältnißmäßigen Leichtigkeit lohnenden und selbstständigen Arbeiterwerbendes in dem emporschießenden Lande eine weit günstigere als in England. So wurde voriges Jahr in der Kolonie Victoria der achtstündige Normalarbeitstag gleichmäßig eingeführt und erst kürzlich wurde der Jahrestag des Inkrafttretens dieses Gesetzes in der Hauptstadt Melbourne als öffentlicher Festtag gefeiert.

Berichte.

— München, 3. Dezember. Der berüchtigte Schellsche Antrag auf Einführung einer Klassenlotterie ist zwar bereits von der Kammer mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt worden, es ist indess doch nicht ohne Interesse, auf ein paar Aeußerungen des Antragstellers kurz zurückzukommen; — dieselben sind für die Ideen der herrschenden Klasse um so bezeichnender, als Schells im außerparlamentarischen Leben ein höherer Richter ist. Schells meint, man werde seinem Antrag „selbstverständlich“ den Einwand entgegensetzen, daß die Lotterie unmoralisch und darum absolut verwerflich sei. Daran sei sicher viel Wahres, aber Angesichts der Thatsache, daß Preußen grade jetzt damit umgeht, die Loose seiner Staatslotterie zu vermehren, weil der jetzige Umfang derselben mit Rücksicht auf die neueren Provinzen unzureichend sei, erkläre er es für Bräuderie, wolle der bairische Staat aus Moralgründen die Klassenlotterie nicht einführen. Für einen Staat, der sich in solcher finanzieller Bedrängniß befindet, wie dormalen Bayern, seien derlei moralische Bedenklichkeiten nicht am Platze! Ueberdies sei es notorisch, daß in Bayern trotz des gesetzlichen Verbotes sehr viel in auswärtigen Lotterien gespielt werde und er finde keinen haltbaren Grund, warum der bayerische Staat das Geld, welches seine Bewohner nun einmal durchaus verspielen wollen, nicht selbst behalten sollte, anstatt dasselbe den Staatskassen von Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hamburg und Braunschweig zukommen zu lassen. — Man wende, wie es bei einer wirklich moralischen Staatswirtschaft unbedenklich sein sollte, einmal diese Grundfrage auf die Privatmoral an, um sofort zu gewahren, wie „untergräbend“ für die öffentliche Sittlichkeit und Sicherheit diese Grundfrage sind, welche in den oben genannten Staaten längst in voller Sittigkeit sind. Wenn sich jemand in finanzieller Bedrängniß befindet, ist es eine lächerliche „Bräuderie“, wenn er sich in seinen Geldbeschaffungsmanipulationen von kleinlichen „moralischen Bedenklichkeiten“ beirren läßt. Und wenn jemand sein Geld einmal positiv los sein will, so muß man ihn nicht darin hindern, sondern es ihm ohne „Bräuderie“ selbst abnehmen, damit er nicht Andern in die Hände fällt. Ist das nicht eine vortreffliche, ächte Bourgeois-Moral? Uebrigens spricht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einmal seltamer Weise die Wahrheit, wenn sie rücksichtlich des bei der Debatte über den Schellschen Antrag gezeigten Wettstreits von Regierung und Kammer für das Prinzip der „Moral“ höhnisch bemerkt: „daß sie so manches im bayerischen Staatsleben wisse, was zum mindesten nicht moralischer sei als die Klassenlotterie, z. B. die in München erhobene Gebühr für die wöchentliche ärztliche Untersuchung der — Prostituirten“. Mit letzterer schändlicher Abgabe hat es seine volle Richtigkeit und ist dieselbe eine Ertrugenschaft des „liberalen“ Regiments des Herrn von Feilitzsch. Es möchte Einem wahrlich die Schamröthe ins Gesicht steigen, einem Gemeinwesen anzugehören, das sich zum Theil aus so namenlos schmutzigen Quellen ernährt. Freilich ist es auch darnach!

Zu übrigen ist jetzt die Hauptaufgabe der bairischen Gemeinden, sich durch die sich von allen Seiten haushoch aufthürmenden Finanzschwierigkeiten, die zum großen Theil der Reichsherrlichkeit ihre Entstehung verdanken, mit Ach und Krach durchzuschlagen. Die Gemeinden Baierns haben zur Zeit eine Gesamtschuldentlast von nicht weniger als 100 Millionen. Zur Deckung der Gemeindeausgaben haben von den 7296 Gemeinden 579 mehr als 200 pCt. der direkten Staatssteuern als Gemeinumlagen zu bezahlen und 23 gar mehr als 500 pCt. Außerdem haben sich die Kreisumlagen in den letzten zehn Jahren um 10—18 pCt. vermehrt und sind an Distriktsumlagen im Jahre 1876 4 1/2 Millionen, an Gemeinumlagen 11 Millionen erhoben worden, was 26 resp. 69 pCt der direkten Staatssteuern repräsentirt. Welche Folgen unter solchen Umständen die unaussprechliche Erhöhung der direkten Steuern haben muß, liegt auf der Hand. Indessen unser kräftiges, terniges, aber politisch schwerfälliges und zurückgebliebenes Volk wird noch ganz andere Erfahrungen machen müssen, bevor es zur Einsicht kommt und dem heutigen Staats- und Gesellschaftssystem energisch die Wege weist — der Deutlichkeit und des Nachdruckes wegen vielleicht auch mit erhobener wichtiger Faust. Jedenfalls fände die erwüchsigte körperliche und geistige Kraft des Bayerns hierbei eine edlere Verwendung, als beim Trugliedersingen und Schlauderwürdigen und bei den unaufhörlichen Raufereien; denn vor ein paar Jahren Volksfäusten haben die großen Herren gewöhnlich weit mehr Respekt, als vor einem Halbduzend Volksknechten.

— 1. Nürnberg, 1. Dezember. Der Schwindel von der „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit wird z. Z. in hiesiger Stadt, der Hochburg des bayerischen Fortschritts (der im Zeichen des Krebess marßhirt), einer großen Anzahl von Arbeitern in einer Weise klar gemacht die an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Da ist vor allen andern Fabriken die sogen. „Aktien-Maschinenbau-Gesellschaft Nürnberg“, früher „von“ Cramer-Klett'sche Fabrik, welche allen übrigen Ausbeutern als Muster in Arbeiterhinderung und schlechter Bezahlung dienen kann. Hier wurden bis in die jüngste Zeit die

alten Arbeiter mit einer Brutalität ausgemergelt, daß sogar die löbl. Stadtwaltung Angst bekam, ihre Armenpflege würde durch die ausgeprägten Proletarier-Invaliden zu sehr in Anspruch genommen werden, weshalb sie ihrem allezeit dienstbereiten Pechhaußnecht, dem „Fränt. Kur.“ Auftrag gab, gegen dieses Vorgehen der Fabrik gegen die alten Arbeiter, Stimmung zu machen. Man sah sich daraufhin an maßgebender Stelle (und, wie es heißt, auf spezielle Ordre des Hauptaktionärs, Reichsrath v. Gramer) veranlaßt das Hinauswerfen der Alten vorläufig einzustellen. Dieser Reichsrath und „Ehrendoktor“ ist ein Bourgeois vom ächtesten Schrot und Korn. Früher ein liberaler Zeitungsschreiber, der nichts zu nagen und zu beißen hatte, hat er das Geld und die nichts weniger als schöne Tochter eines reichen Mannes, des alten Kless, geheiratet, ist dadurch Fabrikant geworden und hat es verstanden, die Konjunkturen auszunützen. Der Mann hat während der „Acta des wirtschaftlichen Aufschwungs“ viele, viele Millionen „verdient“, natürlich nur durch seine Intelligenz und seinen Fleiß; und da er dabei „sparfam“ war, so ist er zu etwas gekommen. Man hat berechnet, daß in einem richtigen Ausbeutungsgeschäft, das mit eigenem Kapital arbeitet, also durch Zinsenarbeiten nicht gedrückt wird, ungefähr ebensoviel als der Arbeiter per Jahr an Lohn erhält, für den Fabrikanten von jedem einzelnen Arbeiter „übrig bleibt“, d. h. genommen wird. Da nun in genannter Fabrik verschiedene Jahre lang mehr als 3000 Arbeiter beschäftigt waren, und der Durchschnittslohn in jener „guten“ Zeit pro Arbeiter etwa 1000 M. jährlich betrug, so kann man sich die Milliarden, die der gute Mann „verdient“, sehr leicht selbst zusammenrechnen; wobei aber erst noch in Ansatz gebracht werden muß, was die vielen Hunderte von ausgezeichneten Arbeitsmaschinen, die in Thätigkeit waren, abgeworfen haben. Um die Lohnsklaven bei guter Laune zu erhalten, und von sich reden zu machen, ist der Mann auch „Wohltäter“ geworden. Er hat ein Adrikshule gegründet, in der die Söhne „seiner“ Arbeiter die Vorbildung zum Besuch höherer technischer Lehranstalten unentgeltlich bekommen, er bezahlt das Schulgeld für die Kinder der Verheiratheten in der Volkshule, er hat Hütten zum Wohnen gebaut und Werkmeister und Arbeiter auf die Wiener Weltausstellung geschickt, er hat für Stiftungen Geld gegeben u. s. w., u. s. w. — Lauter Dinge, die er allerdings nicht nötig gehabt hätte zu thun, die ihm aber einen Ruhm sicherten, der bis an die „Stufen des Thrones“ drang und ihm Adelsstitel und Reichsrathswürde, Orden und Ehrungen der verschiedensten Art einbrachten. Und als die goldene Zeit vorüber war und der Luftzug, der den Wiener Krach herbeigeführt, die Kräfte auch nach Deutschland trug, da hatte der Herr Reichsrath sein Schäfchen im Trocknen; er „gründete“ eine Aktiengesellschaft (in welcher er natürlich die erste Geige spielt) der er die Fabrik übertrug, und zog sich nach München zurück, um fern von den schmutzigen Plebejern, die ihm seine Millionen zusammengeschanzt, ein beschauliches Dasein im Kreise seiner adeligen „Standesgenossen“ zu führen. In der Residenz des „kunstsinigen“ Bayernkönigs ist der Herr Reichsrath natürlich auch Kunstmann geworden. Gegenwärtig baut er das von ihm „erworbene“ Schönborn'sche Palais um, und die Münchener Lokalblätter, deren Macher doch gewiß Pracht und Luxus schon genügend zu sehen bekommen, erzählen bewundernd, daß das, was Herr v. Gramer leistet, nur annähernd erreicht werde von der Pracht in „Tausend und eine Nacht“! — — — Warum sollte er auch nicht? Soll der reichsräthliche Gründer, dessen „Gründung“ um kein Haar besser ist, als die „Gründungen“ eines Stroussberg, Wiest, Putzbach, Riquel u. s. w., nicht das Recht haben, sich auch solche Freuden des Lebens angeeignet zu lassen, wie seine Gründergenossen?! — Außerdem hat er ein Fideikommiss errichten dürfen, hat nach seinem Gute Hörsingshaus durch sein „uneigennütziges“ reichsräthliches Wirken eine Eisenbahn gebaut bekommen, welche die Zinsen des Anlagekapitals nicht deckt, viel weniger die Betriebskosten; war auch neulich sogar „Referent“ im Reichsrath, als es sich darum handelte, dem bayerischen Volke die erhöhte Biersteuer aufzuerlegen, und hat als solcher natürlich für die Erhöhung plaidirt. Freilich, sein Bier wird ja nicht versteuert. Und die Proletarier, die z. B. kaum so viele Mark verdienen als vor einigen Jahren Gutten, die sparen's ja nicht, wenn sie an ihrer neuen Steuer, die jährlich 20—40 Mark beträgt, alle Tage einen Reichsnickel extra, aber doch nur abschlagsweise, bezahlen müssen.

Kurz nach dem Wegzuge dieses großen Mannes von Nürnberg — wodurch beiläufig der Stadtasse über 9000 M. pro Jahr an persönlichen Gemeindeforderungen entgehen — begann das Fortschicken in der nunmehrigen Aktien-Maschinenfabrik, von Samstag zu Samstag erhöhte sich die Zahl der Geschwunden, darunter mit Vorliebe Alte und Verheirathete, und jetzt wird der ganze Bestand an Menschenmaterial höchstens noch 700 betragen. Da sitzen sie nun, die „alten Heger“, die nirgends mehr ankommen, die da geglaubt, sie gehörten zum Inventar, sie könnten gar nie fortgeschickt werden u. s. w. Hat das undarmherzige Schicksal auch manchen Wackeren mit beim Schopf erwischt, so hat es doch vor Allem jenen alten Ahselträgern eine empfindliche Lehre erteilt, welche sich den Agitationen unserer Genossen s. Z. mit allen Mitteln entgegenstemmten, um „das gute Einvernehmen nicht zu födern“, um als „brav“ zu gelten, und die zu diesem Zwecke nicht selten zu gemeinen Denunzianten wurden. Da liegen sie nun auf dem Pflaster, nachdem sie 30 Jahre und länger ihre Kräfte dem „Herrn“ geopfert, und wollen nicht begreifen, daß sie keinerlei Rechtsanspruch auf Altersversorgung und Unterstützung haben, sondern daß es zur „göttlichen Weltordnung“ gehört, daß Einer im Ueberflusse schweigt, während die ausgeprägten proletarischen Witwen einfach weggeworfen werden — ins alte Eisen. Besser kann Einem doch die herrliche „Harmonie“ nicht mehr ad oculos demonstrirt werden.

Auch der Staat macht's nicht besser. Auf der Eisenbahn werden „Löhne“ bezahlt, mit denen eine auch nur halbwegs menschenwürdige Existenz absolut unmöglich ist. So wurde den Bahnhöfen, Strecken- und sonstigen Tagearbeitern, die unter den Bahnmeistern stehen, der ohnehin schon kärglich genug gewesene Lohn jetzt bis auf 2 M. heruntergedrückt, also — wenn keine Regenzeit dazwischen kommen — auf rund 50 M. pro Monat, während die Herren Bahnmeister, welche sich monatlich auf 180 M. setzen, beim Landtag um Zulage eingekommen sind. Und das Alles soll nicht für den „Umsturz“ agitiert? Unfers früheren Agitatoren können ihre abgehetzten Lungen einstimmen

ruhen lassen — die „Gesellschaft“ selbst ist in unsere Dienste getreten!

† w. London, 6. Dezbr. Indem ich meine Berichte beginne, halte ich es vor Allem für nöthig, die hiesigen unerquicklichen und in der Partei so viel Aergerniß erregenden Parteiverhältnisse zu berühren. Und zwar will ich es zuvörderst versuchen, ein möglichst klares und wahrheitsgetreues Bild vom hiesigen Parteileben zu entwerfen, damit Sie in der Lage sind, etwaige spätere Mittheilungen zu beurtheilen und sich in den hiesigen Verhältnissen zu orientiren.

Ich habe da zunächst nicht viel Erfreuliches zu berichten. Leider ist es hier dahin gekommen, daß die Partei sich, wenn auch noch nicht formell, so doch bereits thatsächlich in zwei Lager spaltet, und scheint es mir nur noch die Frage einer kurzen Zeit zu sein, wann dies auch formell der Fall sein wird. Es ist dies zwar bedauerlich, aber eine offene Trennung ist doch jedenfalls besser als dieser fortwährende Zustand des inneren Zanks und Streits. Was nun die Parteigenossen hier trennt, ist keineswegs ein prinzipieller Streit (denn kein vernünftiger Sozialist kann den vom Jaun gebrochenen Streit über den „friedlichen Weg contra Revolution“ als prinzipielle Streitfrage betrachten), sondern einfach die Folge des Treibens einzelner Personen, die ihrer Anmaßung und ihrem Ehrgeiz keine Fessel anlegen können. Leider gelingt es diesen Leuten vorläufig noch, einen großen Theil der Mitglieder des hiesigen kommunistischen Arbeiterbildungsvereins zu beeinflussen, und zwar hauptsächlich in Folge des Umstandes, daß der Verein aus den verschiedensten Elementen mit den verschiedensten Interessen zusammengewürfelt ist. In der Hauptsache kann man im Verein vier gesonderte Interessen-Gruppen unterscheiden.

Das erste Viertel besteht aus solchen Leuten, denen es, grün hier angekommen, zunächst nur auf ihre Existenz, eventuell auf Unterstützung ankommt, und die sich zur Erreichung dieses Zweckes dem ersten besten Verein anschließen, wo sie mit Landkleuten verkehren können, unbekümmert darum, ob und welche politische Tendenz der Verein verfolgt. Das zweite Viertel kümmert sich ebenfalls um Prinzip und Tendenz des Vereins wenig, sondern sucht in ihm nur Geselligkeit und Vergnügen (Tanz u. s. w.), um der langweiligen englischen Sonntagsruhe ein Schnippchen zu schlagen. Das dritte Viertel bildet eine Anzahl ganz ehrenwerther Männer, welche durch Anregung Mitglieder des Vereins werden, es auch ernst mit der Sache und unserm Prinzip meinen, die aber noch zu neu im politischen Leben sind, als daß man sie zu den erfahrenen und festen Parteigenossen zählen könnte. Diesen drei Gruppen gegenüber steht endlich als viertes Viertel eine nicht zu große Zahl eigentlich überzeugter, alter und selbstwärtiger Parteigenossen.

Bei solcher Zusammenstellung ist es wohl klar, daß einzelne arrogante und ehrsüchtige Leute leichtes Spiel haben. Und sie verstehen das auszunützen. Sie herrschen in den Versammlungen, sitzen selbst im Bureau oder haben ihre Anhänger darin, stehen immer in der Rednerliste und haben Valentin keine Kunst abgequod. Hinter den Kulissen wird Alles vorher festgesetzt, und mit theilweisen Rollen tritt man in die Versammlungen, wo die Mitglieder bearbeitet werden. Es ist ein trauriges Zerstück der alten deutschen Sozialdemokratie! Jeder, der nur sagt, eine andere Meinung zu äußern, heißt „Veräckerer“ oder „Spion“.

Wie weit man den Hundstanz mit diesen Schlagworten treiben darf, dafür nur ein Beispiel: Vor einiger Zeit hielt mich ein Parteigenosse auf der Straße an, und sagte mir allen Ernstes: „Es ist doch nur gut, daß sich Bebel und Liebknecht bei dieser Gelegenheit entpuppt haben; das wäre eine schöne Geschichte geworden — bei einer etwaigen siegreichen Revolution hätten diese Herren und die blaue Republik existirt.“ Die Thatsache zeigt am besten, wie weit die erwähnten Leute ihre Hypereien treiben; denn gute, aber wenig selbst untheilende sondern auf die Worte eines für tüchtig und ehrlich gehaltenen schwedende Leute wie der obige Genosse sprechen nur nach, was ihnen in Versammlungen und in der Presse unaussprechlich in allen möglichen Variationen vorgepredigt wird. Bebel, Liebknecht u. können sich aus solchen Verdächtigungen (von denen man nicht weiß, ob sie mehr albern oder gemein sind) natürlich wenig machen. Aber es ist traurig, daß Leute, welche einst selbst eine Rolle in der deutschen Bewegung spielten, bis zu solchen Dingen sinken konnten!

Noch ein weiteres Beispiel von dem anwachsenden Treiben dieser Menschen. Vor längerer Zeit wurde eine Kommission gewählt, um einen Organisationsplan für die hiesige Sozialdemokratie zu entwerfen. Die Kommission arbeitete 4 oder 5 Monate und trat dann endlich mit einer Vorlage heraus, welche einige Bestimmungen enthielt, durch deren Inkrafttreten den arroganten Herren etwas die Flügel gekürzt worden wären. Natürlich war die Vorlage für sie deshalb unannehmbar, und mußte Alles daran gesetzt werden, sie zu Falle zu bringen. Statt nun aber in anständiger Weise zu verbessern oder andere Anträge zu stellen, erklärten sie einfach: „Die Kommissionsvorlage ist unannehmbar und unverbesserlich“ und brachten nun hinterher eine andere ein, die aber, bei Licht betrachtet, keineswegs eigene Gedankenarbeit war, sondern nur ein Extrakt aus der Kommissionsvorlage, natürlich mit Weglassung der sie beengenden Bestimmungen.

So leicht es aber diesen Leuten wird, andere christliche Genossen als Spione zu bezeichnen, so schlecht verstehen sie es, sich selbst vor wirklichen Spionen zu schützen. Man hat zwar seiner Zeit versichert, in der Preßkommission säßen nur alte und bewährte Parteigenossen. Doch war das keineswegs immer der Fall, sondern es ist Thatsache, daß bei Gründung des hiesigen Blattes in diese Kommission Leute gewählt wurden, die damals kaum 1 oder 2 Monate Mitglieder waren, von deren ehrenhaftem politischen Charakter man also keineswegs überzeugt sein konnte. Es fällt mir nicht ein, zu behaupten, daß diese Leute Spione sind oder waren, sondern ich will nur konstatiren, daß man keineswegs so vorsichtig bei der Wahl war, wie man später behauptete.

Da mit den verwerfenden Schlagworten so sehr umhergeworfen wird, so wird es Sie jedenfalls interessieren, zu erfahren, was gewisse Leute unter „revolutionärer Propaganda“ oder „geheimer Agitation“ verstehen, wegen deren angeblicher Unterlassung sie die Genossen in Deutschland stets schulmeisterlich zu dürfen glauben. Ein Hauptvertreter dieser „geheimen Agitation“ sagte nämlich in einem Vortrage wörtlich Folgendes: „Wenn ich von geheimer Agitation spreche, so meine ich nicht etwa die Bildung von geheimen Gesellschaften à la Carbonari, sondern ich meine damit

nur, daß man unser Prinzip in den Werkstätten und Fabriken den Kameraden auseinandersetzen muß, daß man sich in Freundschaft und Familienkreisen davon unterhält, daß man für Sonntag und Festtage den Ort seiner Bergwägungen gemeinschaftlich bestimmt, um auch dort für unser Prinzip zu wirken; das verstehe ich unter geheimer Agitation.“

Als ich dies hörte, war ich geneigt, alle die Arroganz und den kleinlichen Ehrgeiz zu vergessen, denn daselbst wollte ich ja auch, das wollen und thun wohl alle deutschen Genossen längst; aber ich erkannte in dieser wichtigen Offenbarung nur wieder den allbekannten, lächerlichen Größenwahn und mir fiel das Beispiel ein von dem kreisenden Berge, der eine Maus gebirgt. Also das versteht man unter „geheimer Agitation“ und davon mocht man so viel Geschrei, nennt alle deutschen Genossen Schlämüben, ihre sogenannten Führer Veräckerer und stellt die russischen Nihilisten als leuchtendes Vorbild hin! Darin stellt er sich selbst auf offenen Markt und schreit: „Ich habe ein Geheimniß!“ So zahme Absichten hinter dem blutig „revolutionären“ Vorhang zu verbergen, das konnte man selbst bei einiger Kenntniß von der Großmüdigkeit dieser Leute nicht wohl vermuthen. Nun, diese Art der Agitation (dessen ich ich überzeugt) wird in Deutschland gewiß eifrig betrieben. Aber das ist doch keine „geheim“, das ist ja kaum eine verbotene, weshalb soll sie dann eine geheime sein?

Doch genug für heute von diesen widerlichen Dingen. Ich glaube, alle ruhig dachenden Genossen werden nach dem Vorstehenden die Situation beurtheilen können und es eitellich finden, wenn ein Theil der hiesigen Genossen (und wirklich nicht der schlechteste) keinen Geschnack an diesem lärmenden Hirtentanz findet und einer ruhigen, aber um so erfolgreicher Agitation den Vorzug gibt. Sie werden uns auch bestimmen, wenn wir behaupten, daß wir, trotzdem wir nicht so viel Lärm machen, dennoch sehr genau wissen, daß unser Prinzip ein wahrhaft revolutionäres ist, von dem auch wir nicht gewillt sind, auch nur das Lippchen über dem Z zu verbergen. Wenn die erwähnten Leute also trotzdem durch ihr schändliches Treiben eine Spaltung herbeiführen (bei welcher ihnen freilich nur ein kleines Häuflein und auch dies nicht auf so lange folgen dürften), so mögen sie die volle Verantwortung hierfür tragen. — Unser Wunsch ist nur, daß der „Sozialdemokrat“ der Partei das allbekannte Banner energisch vorantreiben, unser Prinzip ernst und fest vertreten und scharfe Kritik an der heutigen Gesellschaft üben möge; dann ist ihm unsere treue Freundschaft sicher! —

Nach Schluß der Redaktion eingetroffen:

Magdeburg, 10. Dezember. (Telegramm) Die deutsche Sozialdemokratie hat auf's neue eine glänzende Probe auf das Sozialistengesetz abgelegt! Das vorläufige Resultat der eben stattgehabten Reichstags-Wahl ist: Biered (Sozialist) 4332 Stimmen, Weber (Nat.-Lib.) 4173, Büchtemann (Fortshr.) 3925, Scheele (Konj.) 184, Windhorst (Allr.) 205 Stimmen. Die Sozialdemokratie ist demnach trotz Sozialistengesetz und alledem die stärkste Partei in Magdeburg geblieben! —

Unsere wackeren Magdeburger Genossen unsere brüderlichsten Grüße und Glückwünsche zur Stichwahl, bei welcher sich voraussichtlich alle übrigen Parteien vereint gegen uns wenden, bei welcher aber auch unsere Genossen das Meiste ausbleiben werden. Die deutschen Genossen allerwärts aber fordern wir auf, die wackeren Magdeburger durch schleunige Sammlungen für den Wahlfonds nach Kräften zu unterstützen und das Geld umgehend an bekannte Adressen in Deutschland oder an uns einzusenden!

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden außer beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen

- Budapest M. Frankel, VII, Lindengasse 26, Thür 28.
- London W. Hoffmann, 59 Wardour Street, Oxford Street, lato Prince's Street W.
H. Rackow, 120 Islington High Street.
- Paris Blum, 66 rue Montorgueil.
Trapp, 95 rue de Madras, Hotel Baldrian.
Voss, 4 rue de Levis.
- Antwerpen Ph. Coenen, 6 Meistraat.
- Brüssel A. Tronx, 81, rue de St-Jetons.
- Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay.
- New-York E. Jonscher, 283 E. Houston Street.
Hermann Nitzsche, 348 W. 37 Str.
- St. Louis Mo. Gobr. Hermingshaus, 1711 Franklin Avenue.
- Chicago Ill. A. Lanfermann, 74 Clyborn Avenue.

Bei uns ist zu beziehen:

Rechenschaftsbericht

der

socialdemokratischen Mitglieder

des deutschen Reichstages

über ihre parlamentarische Thätigkeit während des Jahres 1878—79.

Preis 25 Cts. = 20 Pfg. (ohne Porto.)

In Partien von wenigstens 20 Stück 20 Cts. = 15 Pfg. (ohne Porto).

Größere Partien nach Uebereinkunft.

A. HERTER, Industriehalle, Riesbach-Zürich.

Schweiz. Vertriebsabtheilung Göttingen-Zürich.